

2 Unternehmenseinfluss im Kontext des Extraktivismus

In diesem Kapitel erläutere ich den Forschungsstand zu Extraktivismus und industriellem Bergbau in Lateinamerika und zeige, wie meine Arbeit daran anschließt. Darüber hinaus arbeite ich zentrale Forschungslücken heraus. Punktuell greife ich auf Arbeiten zurück, die sich mit der Ausweitung industrieller Bergbauvorhaben in anderen Weltregionen auseinandersetzen. Zunächst stelle ich dar, wie die Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika diskutiert wird, und ziehe empirische Studien heran, die die Beziehung zwischen Bergbauunternehmen und verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Abbauregionen im Zuge von Konflikten um Bergbau untersuchen. Danach stelle ich Arbeiten vor, die sich mit den Strategien von Bergbauunternehmen in den Abbauregionen auseinandersetzen. Zuletzt beleuchte ich, welchen Beitrag bisherige Studien über die entwicklungs- und demokratiepolitischen Auswirkungen leisten, die sich infolge der Einflussnahme transnationaler Bergbauunternehmen in den Abbauregionen beobachten lassen.

2.1 Die Ausweitung des industriellen Bergbaus

Sozialwissenschaftliche Arbeiten, die sich mit der Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika beschäftigen, sind im Hinblick auf zwei zentrale Perspektiven interessant: Politökonomische Arbeiten liefern wichtige Erkenntnisse zu den ökonomischen und politischen Faktoren, die zur Ausweitung extraktiver Industrien seit den 1990er Jahren geführt haben, sowie zu den strukturellen Veränderungen, die damit in der Bergbauindustrie einhergehen. Arbeiten aus der Bewegungsforschung und der Politischen Ökologie hingegen beschäftigen sich mit den sozialökologischen Konsequenzen, die

mit der Ausweitung des industriellen Bergbaus verbunden sind, und untersuchen die Konflikte, die um Bergbau entstehen.

Politökonomische Arbeiten interessieren sich für die globalen Triebfedern, die eine Ausweitung industrieller Bergbauaktivitäten befördert haben. Den Anstieg ausländischer Direktinvestitionen in den Bergbausektor Lateinamerikas betrachten einige Autor:innen als Verschiebung der extraktiven Grenze in Länder des Globalen Südens (Arsel et al. 2016; Bridge 2004a). Sie arbeiten heraus, dass die Investitionen nicht nur in traditionelle Bergbauländer des lateinamerikanischen Subkontinents wie Chile, Peru oder Mexiko fließen, sondern auch in jene Länder, in denen bis in die 1990er Jahre keine oder wenige Bergbauaktivitäten stattfanden (Bebbington/Bury 2013). Andere Autor:innen zeigen, dass die Weiterentwicklung von Fördertechnologien ab den 1990er Jahren zu einer Neubewertung von Rohstofflagerstätten vor allem in Afrika, Lateinamerika und Asien geführt hat. Insbesondere (Edel-)Metalle (z.B. Gold), die oberflächennah und in geringerer Konzentration in der Erdkruste vorkommen, können seitdem mithilfe industrieller Verfahrenstechniken im Tagebau abgebaut werden, was nicht zuletzt zu einem Anstieg der Goldaktivitäten beigetragen hat (Brown 2012: 123ff.; Dougherty 2016). Als weitere Triebfedern, die die Entwicklung neuer Minenprojekte ab Mitte der 1990er Jahre in Lateinamerika bewirkt haben, analysieren politökonomische Arbeiten zunächst die steigende Nachfrage – vor allem auf den asiatischen Märkten – nach metallischen Rohstoffen sowie historisch hohe Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt zwischen 2003 und 2012 (Bridge 2004a; Schmalz 2016).

Weitere Arbeiten beschäftigen sich mit den politischen Voraussetzungen, die den Anstieg von Direktinvestitionen in den Bergbausektor ermöglichten. Genannt wird hier vor allem die Reformierung der Bergbaugesetzgebung in den 1980er und 1990er Jahren, mit denen zahlreiche Länder des Globalen Südens im Kontext der Strukturanpassungsmaßnahmen günstige rechtliche Rahmenbedingungen und fiskalische Anreize für ausländisches Kapital schufen (z.B. Steuerstabilität und -begünstigungen, Festschreibung von Eigentumsrechten, Rückbau von Umweltkontrollen) (Bridge 2004b; Machado Araújo 2011; Rasmussen/Lund 2018).

Die Goldförderung – ähnlich wie auch der Abbau anderer Metalle wie Silber, Kupfer oder Molybdän – ist in industriellen Minen seit den 1990er Jahren fast ausschließlich privatwirtschaftlich organisiert. Zahlreiche Studien zeigen, dass transnational agierende Bergbauunternehmen die hochtechnisierte und kapitalintensive industrielle Förderung von Metallen übernehmen, da

nur sie über ausreichend Kapital dazu verfügen (Heidrich 2016; Saguier/Peinado 2016). Eine staatliche Beteiligung an der Extraktion ist, gerade auch im Kontrast zum Kohlenwasserstoffsektor (Öl und Gas), eher eine Seltenheit (Zilla 2015). Über Chile, Peru und Brasilien hinaus verfügen nur wenige Staaten über Unternehmen mit einer Kapitalbasis, die das unternehmerische Risiko tragen und die Anfangsinvestitionen leisten können (Nem Singh/Chen 2018).

Strukturelle Veränderungen in der globalen Goldindustrie lassen sich nach Dougherty (2013: 343) an einer Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Typen an Bergbauunternehmen feststellen. Der geringen Anzahl kapital-schwerer transnationaler Unternehmen, die zu risikoreichen Investitionen in die Extraktion von (Edel-)Metallen in der Lage sind, steht eine Vielzahl an Unternehmen mit einer geringen Kapitalbasis gegenüber. Dies sind die sogenannten *juniors*, die vor allem im Bereich der Explorationsarbeiten aktiv sind. Eine dritte Gruppe mit mittelgroßen Unternehmen übernimmt sowohl Explorations- als auch Produktionsaufgaben. Der Anteil der fünf größten Goldproduzenten liegt bei rund 21 Prozent der weltweiten Goldproduktion, in absteigender Reihenfolge sind dies: Barrick Gold Corp. (Kanada), Newmont Mining Corp. (USA), AngloGold Ashanti Ltd. (Südafrika), Goldcorp Inc. (Kanada) und Kinross Gold Corp. (Kanada) (George 2017). Die große Zahl kanadischer Unternehmen, die sich auf den Gold- und Silberbergbau konzentrieren, hängt mit den steuerlichen Vorteilen zusammen, die die kanadische Regierung gewährt (Dougherty 2013; Heidrich/Ortiz Loaiza 2016; Veltmeyer 2012). Aber auch der Anteil an chinesischen Konzernen im lateinamerikanischen Bergbausektor nimmt seit der Jahrtausendwende zu (Gonzalez-Vicente 2012).

Bebbington und Bury (2013) heben hervor, dass der Staat eine zentrale Rolle bei der Aneignung von Rohstoffen spielt und der industrielle Bergbau von zentraler Bedeutung für die nationalen Ökonomien lateinamerikanischer Staaten ist. Das Phänomen rohstoffbasierter Entwicklungswege in Lateinamerika wird seit Mitte der 2000er Jahre unter dem Begriff des Neo-Extraktivismus prominent diskutiert (Burchardt/Dietz 2014; Gudynas 2009; Svampa 2015). Als lateinamerikanische Variante rohstoffbasierter Entwicklungsmodelle bezeichnen einige Autor:innen nationale Entwicklungsstrategien von Mitte-Links-Regierungen wie in Bolivien, Ecuador, Venezuela oder Argentinien. Im Kontext hoher Rohstoffpreise beanspruchten diese eine stärkere Rolle bei der Aneignung und Kontrolle von Rohstoffeinnahmen, reinvestierten die Gewinne aus der Rohstoffaneignung in Armuts-, Entschuldungs- oder Sozialprogramme und setzten damit auf einen Ausgleich von Wirtschafts-

wachstum und sozialer Entwicklung (Burchardt et al. 2013; Matthes 2019; Peters 2019; Peters/Burchardt 2017). Trotz eines relativen Preisverfalls für Rohstoffe seit 2013, so zeigen es mehrere Autor:innen, lässt sich in Lateinamerika bislang keine Abkehr eines rohstoffbasierten Entwicklungsmodells feststellen (Arsel et al. 2016; Burchardt et al. 2016).

In Lateinamerika liegen die staatlichen Zugriffs- und Kontrollrechte wie die Vergabe von Explorations- und Extraktionslizenzen üblicherweise beim Zentralstaat, mit Ausnahme von Argentinien, wo die Provinzen Eigentümer von Rohstoffen im Unterboden sind (Álvarez Huwiler 2018). Einige Autor:innen zeigen, dass die Provinzen in Argentinien weitere Mechanismen entwickelt haben, mit denen sie über die Lizenzgebühren hinaus an den Renditen des industriellen Bergbaus partizipieren (Gervasoni 2010; Giarracca/Teubal 2013). So gründen einige argentinische Provinzen staatseigene Unternehmen und sind über Joint Ventures mit transnationalen Bergbauunternehmen an der Aneignung von Rohstoffen beteiligt, oder sie richten Treuhandfonds ein, an die die Bergbauunternehmen Abgaben abführen (Murguía/Godfrid 2019).

Arbeiten aus der Politischen Ökologie und der Bewegungsforschung analysieren die sozialen Konflikte um Bergbau, die sich in den Abbauregionen mit der Ausweitung industrieller Bergbauprojekte beobachten lassen (Bebbington/Bury 2013; Dietz/Engels 2017). Autor:innen wie Machado Aráoz (2015) oder Rasmussen und Lund (2018) betrachten die Abbauregionen als »Kontaktzonen«, an denen global orientierte Kapitalinteressen der Bergbauunternehmen auf lokale Wissens- und Produktionsformen der Gemeinden treffen, die in geographischer Nähe zu den Minen liegen. Die relativ kurze Lebensdauer der Minen und die sozialökologischen Auswirkungen industrieller Förderprozesse führen in diesen Gemeinden zu einer Zunahme an Konflikten um Bergbau (Conde/Le Billon 2017; Haslam/Tanimoune 2016).

Zahlreiche Fallstudien geben Einsichten in die Ursachen, den Verlauf und die Dynamiken von Konflikten um Bergbau (Bebbington 2012b; Haslam/Tanimoune 2016; Svampa/Antonelli 2009). Analysieren Arbeiten Mitte der 2000er Jahre die Reaktion von lokalen Gemeinden in der Abbauregion industrieller Minenprojekte als eine kategorische Ablehnung von Bergbauvorhaben infolge ihres Verlusts der Lebensgrundlage, Vertreibungen oder der Zerstörung von Natur, differenzieren empirische Studien in den letzten Jahren zwischen verschiedenen Konfliktgegenständen und Akteurskonstellationen (Bebbington/Bury 2013; Dietz/Engels 2017; Silva 2016; Svampa/Antonelli 2009). Sie zeigen, dass Konflikte um Bergbau auch eng mit der jeweiligen industrie- und standortbezogenen Ausrichtung der Minenprojekte zusammenhängen (Beb-

bington et al. 2008; Bury 2004; Renauld 2016). Mehrere Autor:innen weisen darauf hin, dass Konflikte um Bergbau häufig im Kontext industrieller Goldförderung im Tagebau entstehen. Problematisiert werden die Verwendung der Chemikalie Zyanid sowie damit einhergehende Folgen für die Wasser- und Bodenqualität (Ali 2006; Martín/Wagner 2013; Mudd 2007; Svampa/Viale 2014; Urkidi/Walter 2011).

Die quantitative Studie von Haslam und Tanimoune (2016: 406) legt darüber hinaus nahe, dass Konflikte vor allem in der (fortgeschrittenen) Explorationsphase von industriellen Bergbauprojekten entstehen. Sind die sozialökologischen Auswirkungen von Minen für die Gemeinden in der Abbauregion nicht direkt sichtbar, beispielsweise über Eingriffe in die Landschaft, oder sind die Gemeinden in sozialer, politischer und sozioökonomischer Hinsicht marginalisiert, fällt die Wahrscheinlichkeit für Konflikte geringer aus (Conde/Le Billon 2017: 4). Liegen Gemeinden abgelegen von (wirtschafts-)politischen Zentren, ist eine öffentliche Daseinsvorsorge nur wenig ausgeprägt oder sind die Gemeinden von externer Unterstützung abhängig (z.B. staatliche Hilfsprogramme, internationale Entwicklungsgelder, vorherige Minenprojekte), sind sie eher bereit, die Versprechen vonseiten des Staates und der Bergbauunternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Dynamisierung der Wirtschaft zu akzeptieren (Bebbington 2012a; Conde/Le Billon 2017: 5ff.).

Da die Mehrheit der empirischen Arbeiten zu Konflikten um Bergbau Einzelfallstudien sind, beschäftigen sie sich entsprechend mit einer verhältnismäßig kleinen Anzahl an Minen(-projekten). Besondere Berücksichtigung in den Studien finden soziale Konflikte um Bergbau in Peru (z.B. Tambogrande, Yanacocha), in Chile (z.B. Pascua Lama) und in Argentinien (z.B. Esquel, Bajo la Alumbreira) (Haarstad/Fløysand 2007; Renauld 2016; Svampa/Antonelli 2009; Urkidi 2010; Wagner 2016). Andere industrielle Minen mit ähnlichen Förderprozessen und sozialökologischen Auswirkungen, an denen jedoch höchstens lokal begrenzte Mobilisierungen zu beobachten sind, erhalten weniger Aufmerksamkeit. Studien, die sich mit der Ausweitung von Bergbau in Argentinien beschäftigen, analysieren überwiegend manifeste Konflikte um Bergbau in jenen Provinzen, die seit Mitte der 2000er Jahre den industriellen Tagebau oder die Verwendung chemischer Substanzen verboten haben und in denen soziale Konflikte in den Abbauregionen zu einem Stopp von Bergbauprojekten geführt haben (Christel 2015; Delamata 2013; Machado Araújo 2009; Wagner 2016; Walter 2008). Zahlreiche andere industrielle Minenprojekte mit ähnlichen Produktionsbedingungen finden in der Literatur

hingegen kaum Berücksichtigung, wie Minen in den Provinzen Santa Cruz (z.B. Cerro Vanguardia, Cerro Negro), San Juan (z.B. Veladero) oder Jujuy (Bottaro/Sola Álvarez 2014; Duárez 2018; Torunczyk Schein 2016).

Weiterhin fällt in den empirischen Studien zu Konflikten um Bergbau auf, dass einige Autor:innen die Beziehungen zwischen Bergbauunternehmen und den Gemeinden in den Abbauregionen als dichotomes Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten analysieren (Antonelli 2009; Silva 2016). Ballard und Banks (2003: 290) sowie Dougherty (2013) kritisieren, dass vor allem transnationale Bergbauunternehmen als monolithische Akteure porträtiert werden. Nur wenige Studien bestimmen das Verhältnis zwischen Bergbauunternehmen und Gemeinden näher und vermögen es, Einblicke in die Rolle zu geben, die Bergbauunternehmen in den Abbauregionen spielen. In diesem Zusammenhang argumentiert Dougherty (2013), dass gerade Studien, die sich mit den Strategien (transnationaler) Bergbauunternehmen an den Orten der Rohstoffförderung auseinandersetzen, weitere Erklärungsansätze für die vielfältigen Auswirkungen industrieller Bergbauvorhaben liefern könnten. Godfrid (2020) beispielsweise analysiert die Kommunikationsstrategien, die Bergbauunternehmen in den Abbauregionen verfolgen, um lokale Konflikte einzuhegen, und zeigt, dass diese vor allem auch bei der Gestaltung von Bildungsmaterialien in Schulen und Weiterbildungen mit Lehrkräften eine Rolle spielen. Gustafsson (2018) zeigt, dass die Beziehungen zwischen transnationalen Bergbauunternehmen und lokalen Gemeinden von strategischer Zusammenarbeit und Klientelismus geprägt sein können und dieses Verhältnis mitbestimmt, welchen Einfluss Bergbauunternehmen auf lokale Verständigungsprozesse haben können. Sydow (2016) zeigt, wie Bergbauunternehmen lokale Gemeinden in Beteiligungsprozesse einbeziehen und Entwicklungsprogramme implementieren, mit denen die Unternehmen auf eine Depolitisierung sozialökologischer Auswirkungen abzielen.

2.2 Strategien von Bergbauunternehmen in den Abbauregionen

Bergbauunternehmen haben eine Reihe von Strategien entwickelt, um soziale Akzeptanz für ihre Bergbauaktivitäten in den Abbauregionen zu erzeugen sowie einer weiteren Öffentlichkeit ihre unternehmerische gesellschaftliche Verantwortung zu demonstrieren. Diese Vielzahl an Strategien und Maßnahmen werden in der Literatur unter dem Sammelbegriff der *Corporate Social Responsibility* gefasst. Nach Blowfield und Frynas (2005: 503) gehört zum